

Monatsspiegel

August 2005



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Was zur Wahl steht

Liebe Genossinnen und Genossen,

Bei den kommenden Bundestagswahlen geht jetzt darum, zu verhindern, dass Marktradikale und Rechtspopulisten in Deutschland endgültig das politische Heft des Handelns übernehmen können. Nur eine starke SPD kann den weiteren Abbau von ArbeitnehmerInnenrechten verhindern.

Die von der SPD geführte Bundesregierung hat in den vergangenen sieben Jahren in vielen Bereichen entscheidende Reformen vorangebracht für die es sich lohnt zu kämpfen. Die Konservativen und Liberalen haben bereits angekündigt die Erfolge in der Umweltpolitik- und Energiepolitik mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie und dem Ausbau der erneuerbaren Energien zurückzunehmen. Auch in der Gleichstellungspolitik drohen gewaltige Rückschritte. Schließlich ist unter einer Kanzlerin Merkel ein Kurswechsel in der Außen- und Entwicklungspolitik zu befürchten,

der Deutschland an der Seite der USA in weitere sinnlose Kriege im so genannten „Kampf gegen den Terrorismus“ führen wird.

(aus dem KMV-Beschluss vom 23.6.05)

Bei der voraussichtlich im September stattfindenden Bundestagswahl gibt es deswegen klare Unterschiede in den Programmen von SPD und Union. Schwerpunkt im Wahlkampf wird sein, die Alternativen klar darzustellen, damit die Wählerinnen und Wähler wissen, was diese **Richtungsentscheidung** für sie konkret bedeutet. Die Vorhaben der CDU/CSU würden massive finanzielle Belastungen für die Menschen in der Region bedeuten, die Vorschläge der SPD nützen den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis.

1. Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen erhalten

Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Stadt und Landkreis arbeiten im Schichtbetrieb und an Wochenenden. Für sie stellen die steuerfreien Zuschläge zum Arbeitslohn einen wesentlichen Teil ihres Einkommens dar. Das betrifft die Arbeitnehmer bei Siemens genauso wie die Pflegekräfte in den Krankenhäusern.

Die CSU will diese Zuschläge in Zukunft besteuern und damit die Belastung der betroffenen Arbeitnehmer drastisch erhöhen (CDU/CSU-Regierungsprogramm, Seite 17).

Die SPD wird die Steuerfreiheit Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen beibehalten (SPD-Wahlmanifest Seite 38).

2. Gemeinden solide finanzieren – Gewerbesteuer erhalten

Die Gewerbesteuer ist die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen. Dank

Fortsetzung auf Seite 3

August/September

2.8.	20.00	Hauer, Vogelherd 78	Distrikt Tennenlohe	S. 9
4.8.	16.00		Seniorenpolitik mit Angelika Graf	
4.8.	20.00	AWO Ost	Distrikt Ost	S. 8
11.8.	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 9
15.8.	20.00	Turnerbund	Kreisvorstandssitzung	
23.8.	20.00	Angerwirt	Distrikt Anger	S. 8
12.9.	20.00	Mühlentheater Kleinsseebach	UB-Veranstaltung: Die Wellküren	S. 4
13.9.	18.00	E-Werk	Wahlschlussveranstaltung	
13.9.	20.00		Distrikt Tennenlohe	S. 9
16.9.	20 Uhr		Linkes Forum Erlangen	
19.9.	17.00	August-Bebel-Haus	60Plus	S. 9
22.9.	20.00	Turnerbund	Kreismitgliederversammlung	

Diese Ausgabe des Monatsspiegels wird nicht gedruckt und an die Mitglieder verteilt, sondern erscheint lediglich auf der Homepage der SPD-Erlangen. Die nächste Druckausgabe wird Anfang September erscheinen.

Wir wünschen allen Lesern eine schöne Urlaubszeit. Soweit sie in Erlangen bleiben, bitten wir um aktive Unterstützung im Wahlkampf, z. B. bei dem regelmäßig am Samstag von 10 bis 14 Uhr stattfindenden Infostand am Hugo.

**Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Ausgabe September 2005
24. 8. 2005**

Kontakt

Kreisverband:

Vorsitzender: Robert Thaler

Tel.: 09131-8126522

Fax: 09131-8126513

E-Mail: buero@spd-erlangen.de

Internet: www.spd-erlangen.de

Bankverbindung: Sparkasse Erlangen Kt.Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag 9:00 bis 12.30, 15:00 bis 18:00 Uhr

Dienstag 9:00 bis 12:30 Uhr

Mittwoch 9:00 bis 12:30, 15:00 bis 18:00 Uhr

Donnerstag 9:00 bis 12:30 Uhr

Freitag 9:00 bis 12:30 Uhr

Ansprechpartnerin:

Karin Franke - Geschäftsführung

Impressum

Herausgeber:

SPD Kreisverband Erlangen
Friedrich List Str. 5, 91054 Erlangen

Presserechtliche Verantwortung und Leitung:

Wolfgang Peter
Baumschulenweg 11,
91058 Erlangen
Tel.:09131303090
e-mail:monatsspiegel@spd-erlangen.de

Mitarbeit: Lars Thomsen

Druck:

Gruner Druck GmbH, Erlangen

Auflage:

750 Stück

der SPD-Gemeindefinanzreform sind die Gewerbesteuereinnahmen 2004 in Bayern um etwa 40 Prozent gestiegen. Viele Bürgermeister setzen sich unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit für den Erhalt und den Ausbau der Gewerbesteuer ein.

Die CSU will die Gewerbesteuer mittelfristig abschaffen (CDU/CSU-Regierungsprogramm, Seite 17). Damit würde sie den Konzernen 29 Milliarden schenken, die die Arbeitnehmer zusätzlich aufzubringen hätten.

Die SPD wird die Gewerbesteuer auf jeden Fall erhalten, weil nur finanziell handlungsfähige Kommunen die nötigen Investitionen für neues Wachstum tätigen und zuverlässige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger bereitstellen können (Wahlmanifest, Seite 38).

3. Atomausstieg fortsetzen

Die Bevölkerung steht hinter dem von der SPD begonnenen Atomausstieg, der die Laufzeiten der AKWs begrenzt, Gefahren minimiert und die Energieversorgung sichert.

Die CSU will die Kernenergie weiter ausbauen (CDU/CSU-Regierungsprogramm, Seite 19/20). Damit bleiben Kernkraftwerke länger in Betrieb bleiben und es steigt die Gefahr steigt, dass wir ein atomares Endlager in bekommen, in dem gefährliche Stoffe über viele Generationen hinweg eingelagert werden.

Die SPD wird den Atomausstieg planmäßig fortsetzen (Wahlmanifest, Seite 26).

4. Erneuerbare Energien weiter fördern

Immer mehr Menschen in der Stadt und im Landkreis installieren Solaranlagen auf ihren Häusern und viele Landwirte haben mit der Erzeugung von Energieträgern eine neues zukunftsträchtiges Standbein gefunden. Erneuerbare Energien schaffen Arbeitsplätze und umweltverträgliche Versorgung. Ermöglicht wurde das durch eine effektive finanzielle Förderung der erneuerbaren Energien.

Die CSU will die Förderung erneuerbarer Energien deutlich einschränken (CDU/CSU-Regierungsprogramm, Sei-

te 19) und gefährdet damit den Ausbau der Solarenergienutzung..

Die SPD hält an der Förderung alternativer Energien fest und wird zugunsten der Landwirtschaft insbesondere die Förderung der Biomasse ausbauen (Wahlmanifest, Seite 26). Damit erhalten und schaffen wir Arbeitsplätze und vermindern die Abhängigkeit vom Öl.

5. Ganztagsbetreuung weiter ausbauen

Erst kürzlich hat die Stadt Erlangen unter der Schirmherrschaft unserer Familienministerin und Bundestagskandidatin Renate Schmidt ein Bündnis für Familien geschlossen. In der Stadt Erlangen und in vielen Kommunen im Landkreis sind in den letzten Jahren neue Ganztagsangebote an den Schulen eingerichtet worden. Das entlastet die Eltern und schafft neue Bildungschancen für die Kinder. Möglich ist das nur durch das 4-Milliarden-Euro-Programm der Bundesregierung. Weitere geplante Ganztagsprojekte sind in Gefahr, wenn die Förderung nicht fortgeführt wird.

Die CSU blockiert heute schon die Mittelverwendung aus dem Ganztagschulprogramm und wird das Programm nicht fortführen (keine Erwähnung im CDU/CSU-Regierungsprogramm).

Die SPD wird das Ganztagschulprogramm wie geplant bis 2008 fortführen (Wahlmanifest, Seite 29).

6. Lohndumping stoppen

Ostbayern profitiert von der EU-Osterweiterung. Eine unkontrollierte Lohnkonkurrenz mit Arbeitnehmern aus Osteuropa gefährdet jedoch den Wohlstand der Arbeitnehmer auch bei uns im Landkreis. Anständige Arbeit muss anständig bezahlt werden. Deshalb muss Lohndumping in Deutschland energisch bekämpft werden.

Die CSU hat keine Antwort auf Lohndumping und stellt sich gegen die Ausweitung des Entsendegesetzes und gesetzliche Mindestlöhne (CDU/CSU-Regierungsprogramm, Seite 18).

Die SPD wird das Entsendegesetz, das heute nur für die Bauwirtschaft gilt, auf alle Branchen ausweiten und dort,

wo kein tariflicher Mindestlohn gilt, einen gesetzlichen Mindestlohn einführen (Wahlmanifest, Seite 23).

7. Höhere Mehrwertsteuer - ein Konkurskiller

Die Mehrwertsteuer ist seit der Regierungsübernahme der SPD konstant geblieben. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer würde die Umsätze der heimische Gastronomie und der Gewerbetreibenden schwächen. Vor allem Rentner wären von einer höheren Steuer stark betroffen.

Die CSU will die Mehrwertsteuer nach der Wahl von 16 auf 18 Prozent erhöhen (CDU/CSU-Regierungsprogramm, Seite 13).

Die SPD wird ihren Kurs beibehalten und die Mehrwertsteuer nicht erhöhen, um den wirtschaftlichen Aufschwung nicht zu gefährden (Wahlmanifest, Seite 23).

Die angeführten Beispiele zeigen: Es geht in der Tat um eine Richtungsentscheidung.

Es gibt aber noch B weitere Punkte, für die es sich lohnt zu kämpfen:

- Deutschland braucht die Bürgerversicherung. Kopfpauschalen sind nicht nur extrem ungerecht, weil sie gut verdienende, junge Gesunde entlasten; NormalverdienerInnen und Kranke werden dagegen erheblich mehrbelastet. Begonnen werden kann das Konzept der Bürgerversicherung un-

In diesem Monat

Die Wellküren - Bayr. Musikkabinett	4
Kritik am Kapitalismus	5
Eroberungswaffe Liberalismus	6
Aus den Distrikten	8
Aus den Arbeitsgemeinschaften	9
Geburtstage	10
Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit	11
Aus dem Stadtrat	14

Renate Schmidt und der SPD-Unterbezirk Erlangen präsentieren:

Die Wellküren

Bayerisches Musikkabarett

Am Montag, 12.09.2005, 20.00 Uhr

Mühlen-Theater Kleinseebach, Möhrendorf

Vorverkauf:

15,00 Euro ermäßigt: 12,00 Euro

Abendkasse:

17,00 Euro ermäßigt: 14,00 Euro

Vorverkauf:

Karin Franke, Erlangen, Tel. 09131 / 8126522

Gotthard Lohmaier, Herzogenaurach, Tel. 09132/61264

Franziska Reich, Hemhofen, 09195/993266

Siglinde Witt, Heroldsberg, 09111/5188633

verzüglich bei der Pflegeversicherung.

- Im Gesundheitssystem müssen Leistungen, z.B. bei Zahnersatz oder Sehhilfen und Hörgeräten, aber auch das Krankengeld solidarisch finanziert bleiben.
- Das vom Bund initiierte Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung muss weiter ausgebaut werden. Zusätzlich muss ein kommunales Investitionsprogramm zur Sanierung von Schulen und öffentlichen Gebäuden (mit dem Schwerpunkt Energieeinsparung) muss spürbar und schnell wirksame Impulse für mehr Wachstum und Beschäftigung ge-

ben und zur Modernisierung der Infrastruktur beitragen.

- Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I muss sich an den Beitragsjahren orientieren. Dies ist wichtig, um die Akzeptanz der Menschen für den Sozialstaat zu erhalten und zu stärken.
- Das – auch durch Hartz IV begünstigte – Lohndumping bedarf politischer Intervention. Konzepte für die Einführung eines Mindestlohns müssen unverzüglich abgestimmt und in die Tat umgesetzt werden.
- Zur Finanzierung der Maßnahmen soll u. a. ein Aufschlag von 5% auf die private Lohn- und Einkommenssteuer ab einem Bruttojah-

reseinkommen von 500.000 Euro nach dem Schleswig-Holstein-Modell eingeführt werden.

Es geht bei dieser Wahl vor allem darum, für die Menschen in Deutschland gegen eine Politik der sozialen Kälte, eine sozial gerechte, eine humane, eine ökonomisch vernünftige Politik durchzusetzen. Dafür lohnt es sich, sich anzustrengen und zu kämpfen!

Robert Thaler

„Sei profitabel!“

Podiumsdiskussion im E-Werk zur Kritik am Kapitalismus

von Michael Zimmermann

Wenn es, wie Oskar Lafontaine derzeit nicht müde wird immer wieder zu betonen, „nicht auf Personen, sondern auf Inhalte“ ankommt, dann war es auch weniger schlimm, dass am Abend des 6. Juli im E-Werk die „Hauptdarstellerin“ fehlte. Die Volkswirtin Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk hatte „aus gesundheitlichen Gründen“ kurzfristig abgesagt, und so nahm an ihrer Stelle das SPD-Landesvorstandsmitglied Philip Dees aus Erlangen auf dem Podium Platz, um die Wirkungsweisen des Kapitalismus und die damit verbundenen Probleme für die politische Arbeit zu analysieren. Die Folgen für die Arbeitnehmerschaft wurden von Wolfgang Niclas (IG Metall Erlangen) in einem einführenden Referat beleuchtet. Viele waren an diesem Abend in die Kellerbühne gekom-

gesprungen“ sei. Es gehe nicht um eine „moralische Argumentation“ nach dem Motto: „Fondsgesellschaften böse, Mittelstand gut“. Vielmehr würden alle wirtschaftlichen Subjekte „in ihrer Logik mit Notwendigkeit“ (Dees) handeln. Das Problem liege demnach „tiefer“ und in der Logik des Wirtschaftssystems begründet. Einem Unternehmer sei es nicht grundsätzlich vorzuwerfen, dass er Gewinne machen wolle. Das sei die ihm zugedachte Rolle. Die Probleme für die Arbeitnehmerschaft, die sich beispielsweise in Form von steigender Arbeitslosigkeit und Lohnneinbußen auswirkten, seien im grundsätzlichen Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital manifestiert. „Tu was Du willst, aber sei profitabel!“, dieser frühere Slogan des Computerriesen IBM verweise, so Niclas,

„in zynischer Weise auf das Dilemma, in dem die abhängig Beschäftigten stecken“. Um der Arbeitnehmerseite wieder mehr Mitbestimmung zu ermöglichen, müsse unter anderem „die Internationalisierung der Gewerkschaftsbewegung verstärkt“ werden, auch die Attac-Bewegung, die sich selbst als

gegen einen „Standort“ - nach den Faktoren Markterschließung und Ressourcennutzung - erst an dritter Stelle. Auch bei der Wochenarbeitszeit und den Lohnstückkosten belege Deutschland im internationalen Vergleich keinesfalls hintere Plätze. „Wir haben mit die besten Lohnstückkosten der Welt, und wir sind Exportweltmeister!“. Diese Fakten in die Öffentlichkeit zu tragen, sei auch deshalb schwer, weil man gegen eine herrschende Ideologie ankämpfen müsse, die unter anderem durch „inszenierte Talkshows“ (Niclas) zum Mainstream werde: „In die neoliberale Initiative Neue soziale Marktwirtschaft wurden 200 Millionen Euro gesteckt.“ Dagegen sei nur schwer anzukämpfen. Andererseits gebe es zu diesem Kampf auch keine Alternative: Das Erlanger „SPD-Urgestein“ Helmut Pfister betonte in der Diskussion, dass man „eben nicht Alles im Konsens mit der Arbeitgeberseite“ erreichen könne. Vor allem das sei es, was „auch innerhalb der SPD wieder verstanden werden“ müsse.

Ob die SPD das aber „verstehen“ will, wird sich wohl erst nach der Bundestagswahl zeigen. Dass es von Jung bis Alt durchaus ein Interesse an einer politischen Alternative jenseits der bedingungslosen Profitlogik gibt, wurde auch dadurch deutlich, dass einige Stunden nach Beginn der Veranstaltung kaum jemand die Kellerbühne des E-Werks verlassen hatte. Auch ohne Sigrid Skarpelis-Sperk. Der Name des „abtrünnigen“ Oskar Lafontaine wurde übrigens im Laufe des Abends nur ein einziges Mal erwähnt. Und zwar, als es darum ging, dass er eben „im Jahre 1999 versucht“ habe, dem Finanzkapital Beschränkungen aufzuerlegen. Wie allgemein bekannt, war Lafontaine kurze Zeit später von der politischen Bildfläche verschwunden. Aber, wie sagte mal einer so treffend: Auf die „Inhalte, nicht auf die Personen“ kommt es an.



Auf dem Podium:

Philip Dees, Monika Wendler, Wolfgang Niclas (v.r.)

men, nach den Eingangsstatements von Dees und Niclas wurde engagiert diskutiert. Weitgehend einig war man sich darüber, dass Franz Müntefering, der die innerparteiliche Kapitalismusdebatte im Zeitraum des Landtagswahlkampfes in Nordrhein-Westfalen öffentlich gemacht hatte, „viel zu kurz

„Globalisierungskritik“ versteht, sei in diesem Zusammenhang wichtig. Niclas rechnete vor, dass die öffentliche Debatte über den „Standort Deutschland“ unter einer Vielzahl falscher Vorannahmen geführt werde: So ständen die Produktionskosten bei der unternehmerischen Entscheidung für oder

Dreimal gefeiert:

Wir gratulieren Willi Gehr zur Verleihung der Bürgermedaille, zu seinem 75. Geburtstag und zur Verleihung des Bundesverdienstkreuzes



Oberbürgermeister Dr. Ballais überreicht im Ratssaal die Bürgermedaille

Eroberungswaffe Neoliberalismus

Von **Horst Krömker**, SPD-Bezirksrat Mfr.

„Stark sein für die Schwachen“ war das Wahlkampfmotto der SPD im Bezirkswahlkampf 2003. Dieses „Stark sein für Schwache“ gestaltet sich in Zeiten der Dominanz des Neoliberalismus sehr schwierig. Überall dominiert neoliberales Denken, es hat weite Kreise der Parteien, der Medien und der öffentlichen Diskussion erfasst. Der französische Philosoph Pierre Bourdieu definierte dieses Denken meiner Meinung nach ganz treffend: „Der Neoliberalismus ist eine Eroberungswaffe. Er predigt einen wirtschaftlichen Fatalismus, gegen den jeder Widerstand zwecklos erscheint. Der Neoliberalismus ist wie AIDS: Er zerstört das Immunsystem.“

Auf nationaler wie auf internationaler Ebene ist kein in der Öffentlichkeit wirksamer Gegenentwurf zur Ideologie des Neoliberalismus erkennbar. Der Kern dieser Ideologie besteht im wesentlichen darin, dass es den Reichen („den Leistungsträgern“) sehr gut gehen muss, damit für den Rest etwas übrig bleibt. Deutlich wurde dies z.B. bei einem Vortrag eines „Wirtschaftswissenschaftlers“ auf dem Nürnberger Unterbezirksparteitag, der wortreich und eloquent über eine Stunde immer nur das gleiche Thema variiert: Gewinne rauf, Löhne und Steuern runter, und der Rest ergibt sich. Was bedeutet das neoliberale Credo: Hier ein Zitat aus der Neuen Züricher Zeitung: „...handelt es sich etwa bei der Agenda 2010 nur um ein Reförmchen.....Dabei braucht Deutschland fundamentale

Reformen: Privateigentum muss wieder etwas gelten, Leistung muss sich wieder lohnen, Verantwortung für sich und die Seinen muss wieder als Norm dienen, und Wettbewerb muss zum Leitprinzip der wirtschaftlichen und politischen Ordnung werden. Es bedeutet, Steuern zu senken und zu vereinfachen, große Unterschiede der Einkommen und der Vermögen zu akzeptieren, staatliche soziale Fürsorge auf ein subsidiäres Minimum zu beschränken, mehr zu arbeiten, Scheitern und Versagen in Kauf zu nehmen und schließlich, und vor allem, weniger staatliche Leistungen zu erbringen.“ (Neue Züricher Zeitung 10./11.4.04, S. 11).

Soweit in ganz kurzer Form das Grundgerüst neoliberaler Überzeugung. Behinderte, Kranke und auch über 50-jährige Menschen (soweit sie nicht in den Vorstandsetagen sitzen), passen nicht in dieses Weltbild und kommen nicht vor. Entsprechend soll sich die soziale Fürsorge für diese Menschen auf ein Minimum beschränken und, wenn irgend möglich in Form einer privaten und freiwilligen Mildtätigkeit organisiert werden. Die Hilfe für Schwache und Kranke soll nicht mehr als eine öffentliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe definiert werden, sondern als private Zuwendung reicher Menschen.

Die Gefährlichkeit dieses Weltbilds besteht darin, dass es sich als alleingültige, als totalitäre Ideologie setzt. Andere Meinungen werden, wenn es gut geht, noch als Zeichen eines schwachen Verstandes erklärt, sonst als böswillige „Fortschrittsverhinderung“ diffamiert.

In Folge dieser Ideologie werden die Sozialausgaben gekürzt und Steuern gesenkt, gleichzeitig wächst aber der Hilfebedarf für viele Menschen. Dies ist hauptsächlich Folge der Arbeitslosigkeit, die es unmöglich macht, dass Menschen, die nicht voll leistungsfähig oder älter als 50 Jahre sind, noch eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben. Ich sage dies ganz bewusst, da im allgemeinen dieses Problem als gleichsam „naturwüchsig“ durch die Veränderung der Altersstruktur begründet wird. Dies stimmt natürlich hinsichtlich der demografischen Daten, da es sich dabei um einen naturgemäß langsamen Prozess handelt,

erklärt er nicht die plötzliche Veränderung.

Die Ausgaben des Bezirks als überörtlicher Sozialhilfeträger und Krankenhaussträger steigen rasant an. Gleichzeitig sinken aber die Einnahmen durch das geringere Steueraufkommen der Städte und Gemeinden. Dies hat zur Folge, dass z.B. im Haushalt 2004 eine Deckungslücke von ca 38 Millionen Euro klaffte. Dieser Fehlbetrag setzte sich aus einer durch das verringerte Steueraufkommen der Kommunen bedingten Rückgang der Bezirksumlage, aus einem Anstieg des Zuschussbedarfs im Sozialetat von ca 15,5 Mio Euro sowie aus der Deckung der Defizite aus dem Jahr 2003 in Höhe von ca. 17 Mio. Euro und Anhebung des Verlustausgleichs für die Bezirkskrankenhäuser (ca. 2,4 Mio Euro) zusammen. Dabei gibt der Bezirk für seine Sozialhilfeempfänger weniger aus als alle anderen bayerischen Bezirke. So gibt der Bezirk Mittelfranken 8004 EURO pro Sozialhilfeempfänger im Jahr (2002) aus, im Vergleich dazu Oberbayern 13034 EURO .

Durch die „Sparpolitik“ der CSU-Staatsregierung wird der erhöhte Bedarf der Bezirke nicht abgedeckt. Deshalb wäre eine Erhöhung der Bezirksumlage notwendig, die wiederum die Städte und Gemeinden stark belasten würde. Dagegen wehrten sich die Kommunen aus nachvollziehbaren Gründen energisch. Die CSU-Mehrheit im Bezirk hat sog. Nullrunden beschlossen. Dies bedeutet, dass die Träger der freien Wohlfahrtspflege, also z.B. Arbeiterwohlfahrt, Diakonie, Lebenshilfe, für ihre Leistungen für behinderte oder psychisch kranke Menschen keine Steigerung der Entgelte bekommen. Da die laufenden Kosten durch Inflation, Sachkosten- und Tarifsteigerungen etc. steigen, hat dies zwangsläufig eine Reduzierung der Leistungen zur Folge. Dies führt dazu, dass die Leistungen für behinderte, alte und psychisch kranke Menschen abgesenkt werden müssen.

Dies ist Folge einer politischen Entscheidung der CSU, kein Naturgesetz, und ein erwünschter Effekt neoliberaler Ideologie.

Diese kurze Darstellung der Situation zeigt die Schwierigkeit des „Stark sein für die Schwachen“ auf.

Die Lösung kann nicht ein Einschwenken auf die Ideologie des Neoliberalismus sein, da dies inhuman wäre und uns von den Grundlagen der Sozialdemokratie entfernen würde. Zudem zeigt die Erfahrung, dass dieses Vorgehen zwar die Reichen reicher macht, keinesfalls jedoch mehr Arbeitsplätze bringt. „Stark sein für Schwache“ passt nicht in diese Zeit.

Der Mechanismus, über den die neoliberale Position durchgesetzt wird, ist nicht einfach zu durchschauen. Er verläuft über scheinbar objektive, unveränderlich wirkende Zwangsläufigkeiten. Die Grundlage ist immer der Geldmangel: Die Steuereinnahmen, und damit auch der Bezirksetat, sind rückläufig. Niemand fragt, was die Ursache des Rückgangs ist. Im nächsten Schritt wird eine Spardiskussion begonnen, die ebenfalls quasi zwangsläufig dazu führt, dass, wie im Falle des Bezirks geschehen, bei den Schwächsten begonnen wird zu sparen.

Diese, psychisch Kranke, behinderte Menschen haben nur eine schwache Lobby und können sich im Vergleich zu anderen Gruppen schlechter selbst organisieren und wehren. Glücklicherweise gibt es Ansätze von Selbstorganisation von Betroffenen in Mittelfranken, die wir als SPD-Bezirkstagsfraktion unterstützen und mit denen wir zusammenarbeiten wollen. Genauso wichtig ist es, das neoliberale Dogma anzugreifen, den innewohnenden inhumanen und asozialen Kern aufzuzeigen.

Diese Kritik der neoliberalen Politik bedeutet aber nicht, dass notwendige Veränderungen etwa in der Organisation des Krankenhauswesens, einfach abgelehnt werden, weil in Zeiten, in denen beim Wort „Reform“ es jedem kalt den Rücken hinunter läuft, quasi reflexartig jede Veränderung abgelehnt wird. Die Versorgung und Betreuung z.B. alter Menschen kann effizienter und humaner organisiert werden als im Bau immer neuer Heime. Gleiches gilt für die Versorgung psychisch Kranker und Behinderter. Hier sind kleine gemeindenahe Einrichtungen mit einem hohen Anteil eines teil-

stationären Behandlungsangebots effizienter. Jede Gesellschaft kann nur einen begrenzten Anteil ihrer Ressourcen für behinderte und kranke Menschen zur Verfügung stellen und sie hat einen Anspruch darauf, dass diese Ressourcen möglichst effizient eingesetzt werden. Wenn wir dies in unserem Bereich, der Versorgung psychisch kranker und behinderter Menschen nicht schaffen, wird dies nicht zu einer Bewahrung des Status quo führen, sondern dazu, dass der Druck, immer größere Teile der Versorgung zu privatisieren, wächst.

Private Kapitalgesellschaften sehen in der Gesundheitsversorgung, auch im Bereich der Psychiatrie, einen lukrativen und expandierenden Markt und drängen, mit politischer Unterstützung, in diesen Markt hinein. Das Übernahmeangebot der Rhönkliniken AG für das Nürnberger Klinikum ist dafür ein Beispiel. Wir stehen als SPD-Bezirkstagsfraktion dafür ein, die Aufgaben des Bezirks weiter als öffentliche Aufgaben zu definieren. Das enthebt uns aber nicht von der Aufgabe, diesen Bereich aus eigener Kraft effizient und kostengünstig zu organisieren. Der schon 2001 von Teilen der SPD-Fraktion eingebrachte und jetzt endlich umgesetzte Vorschlag der Umwandlung der Bezirkskrankenhäuser in ein Kommunalunternehmen weist in diese Richtung. Weitere Vorschläge unsererseits für eine Reorganisation und Neuausrichtung in der Versorgung psychisch kranker und behinderter Menschen sind eingebracht (z.B. Verstärkung des psychotherapeutischen und psychosomatischen Behandlungsangebots, Aufbau kleinerer gemeindenaheer Abteilungen).

Die Aufgabe der Bezirkstagsfraktion besteht also darin, dem neoliberalen Credo von der notwendigen Verarmung der Schwachen ein eigenes, gerechtes und soziales Reformkonzept entgegenzusetzen. Dies ist eine schwierige und langwierige Aufgabe, da die SPD in den letzten Jahren viel Glaubwürdigkeit verloren hat und jetzt in einem mühsamen Prozess Vertrauen und Glaubwürdigkeit wieder gewinnen muss.

Dr. Horst Krömker



Vorsitzender:

Christofer Zwanzig Tel.: 4003764

eMail: Christofer.Zwanzig@spd-online.de

Anger

Liebe Genossinnen und Genossen

Wir laden Euch herzlich ein zu unserer **Distriktversammlung** am

**Dienstag, den 23. August
2005
um 20.00 Uhr
im Angerwirt
(Guhmannstraße 10)**

ein.

Vorschlag für die Tagesordnung

1. Berichte
2. Anwohnerbefragung zur Parkplatzsituation Hertlein- und Michael-Vogel-Straße

3. Aktuelles zu Bundestagswahl/Planung Infostand

Vor der Sitzung treffen mit der verkehrspolitischen Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion Felizitas Traub-Eichhorn zu einer Ortsbegehung zum Thema Bushaltestelle und Parkplatzsituation - und Michael-Vogel-Straße.

Treffpunkt: Bushaltestelle „Am Anger“

Uhrzeit: 18.30 h

Für den Vorstand mit solidarischen Grüßen

Christofer Zwanzig



Ost

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Neuwahlen
 - KassenwartIn
 - KassenprüferIn
3. Nachbetrachtung Sommerfest
4. Weiterer Wahlkampf

5. Bericht aus dem Stadtrat

6. Termine

7. Sonstiges

Jochen Kraft

Vorsitzender:

Jochen Kraft Tel.: 507531

e-mail: Kraft.Jochen@gmx.de

stellvertretende Vorsitzende:

Monika Wendler Tel.: 401737

e-mail: moni.wendler@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer
Distriktversammlung

**am Donnerstag, den
04.08.2005,
20 Uhr, in der AWO Ost,
Drausnickstr. 82**



Tennenlohe



Vorsitzender:

Rolf Schowalter Tel.: 601924
e-mail: RolfSchowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Distriktversammlung

**am Dienstag, 02.08.05,
Vogelherd 78, (bei Hans
Hauer) 20.00 Uhr**

Tagesordnung:

1. Berichte (KV, KMV etc.)
2. Bundestagswahlkampf
3. Kerwa 05

4. Verschiedenes, anschließend: gemütliches Zusammensein

Einladung an alle Genossinnen und Genossen in Tennenlohe und im Kreisverband

Freitag, den 19.08.05, 18.00 Uhr:

Eröffnung der **9. Fiesta de Arte**, Festwiese an der Sebastianstraße

mit **Renate Schmidt**

Anschließend Gang durchs Kerwazelt etc. Renate wird bis ca. 20.00 Uhr anwesend sein

Zahlreiche Anwesenheit auch von Genossinnen und Genossen außerhalb von Tennenlohe wäre für Renate hilfreich!

Bitte weiteren Termin vormerken: Distriktversammlung am 13.09.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktversammlung vom 12.7.05

Zu unserer großen Überraschung kam der 1. Vorsitzende der Schützen-gemeinschaft, Herr Bienwald, zu uns und überreichte uns den 2. Preis des Bürgerschießens, den unsere Delegation gewonnen hatte.

Hans berichtet vom Ortsbeirat: Mit der Bebauung des Industriegebietes entlang der Auftobahn nördlich des Hutgrabens soll in Kürze begonnen werden. Auch die Genehmigung eines Reiterhofes, der sehr umstritten ist und von uns mehrheitlich abgelehnt worden war, ist auf dem Weg. Wichtig ist uns, dass der Betreiber die Kosten für die erforderliche Zufahrt übernimmt und Auflagen eingehalten werden.

Bis zur Neuwahl des Distriktvorstandes übernimmt Hans Hauer kommissarisch die Kassenführung anstelle unserer verstorbenen Elke Opitz.

Über unsere Beiträge zur bevorstehenden Bundestagswahl wurde intensiv diskutiert.

C. Schnapper



Vorsitzende:

Brigitte Mugele Tel.: 22397

Liebe genossen und Genossinnen,
wir wollen im Monat August endlich die fällige Jahreshauptversammlung abhalten und treffen uns dazu

**am 11. 8. 05 um 17
Uhr
im August-Bebel-Haus**

Thema vor allem: Vorschläge für unsere VertreterInnen im GKV und im Kreisvorstand. Ich hoffe nur, daß nicht alle im Ferienmonat verreist sind. Bis dann!

Eure Brigitte.

Im Monat September findet unser Treffen wiederum im August-Bebel-Haus statt, und zwar

am 19. 9. um 17 Uhr.

Thema, wie könnte es anders sein,
Ergebnis der Bundestagswahlen.

Ich denke, daß es da, so oder so, sehr viel zu diskutieren geben wird und hoffe auf Euren sehr zahlreichen Besuch.

Eure Brigitte.

Wir gratulieren zum Geburtstag:



Wir möchten allen, die im August ihren Geburtstag feiern, gratulieren und wünschen für das nächste Lebensjahr alles Gute.

August 2005

03.08. Fritz Hollaender
83 Jahre

04.08. Andreas Hahn
79 Jahre

07.08. Marga Mittag
74 Jahre

09.08. Roland Heumüller
60 Jahre

12.08. Helga Blümel
70 Jahre

20.08. Heinrich Grau
78 Jahre

21.08. Erhard Königsreuther
78 Jahre

23.08. Gabriele Döring
60 Jahre

31.08. Hans Frisch
86 Jahre



Renate Schmidt bei der AsF-Veranstaltung **Frauen haben Macht** am 8.7. in Dreyzedern



Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit – Richtungswahl

Heide Mattischeck, gehalten auf der Kreismitgliederversammlung am 21. Juli 2005

Liebe Genossen, liebe Genossinnen,

Da soeben der Bundespräsident „Grünes Licht“ gegeben hat, findet in 8 Wochen – am 18. September - die vorgezogene Wahl zum 16. Deutschen Bundestag statt.

Betrachten wir zunächst unseren „Mikrokosmos, den Wahlkreis Erlangen.

Trotz der kurzen Zeit, die uns zur Verfügung stand, sind wir gut vorbereitet. Wir haben in der letzten Woche unsere Kandidatin Renate Schmidt einstimmig nominiert. Der kurze, aber intensive Wahlkampf ist angelaufen, die Ideen, die auf dem Workshop am 4.6.2005. von den Genossinnen und Genossen eingebracht wurden, sind weitgehend in konkrete Planung umgesetzt. Und wenn ich die gute Stimmung, die auf der Nominierungsveranstaltung herrschte, richtig deute, sind die Genossinnen und Genossen gut motiviert, sie lassen sich nicht von Umfragen entmutigen, sondern im Gegenteil: sie sind entschlossen, alles zu tun, um die von den Konservativen angedrohte Wende nicht Realität werden zu lassen.

Unsere Kandidatin Renate Schmidt begeistert und spornt an.

Wir haben mit Renate Schmidt eine echte Spitzenfrau als Kandidatin.

Sie hat einen hohen Bekanntheits- und auch Beliebtheitsgrad. Wir müssen sie jedoch im Wahlkampf mit vielen Wahlkreisen in Bayern und anderen Bundesländern teilen. Die Erfahrungen in den vergangenen Wochen haben gezeigt, dass ihre Präsenz in den Medien sehr gut begleitet wird.

Wir können mit Renate Schmidt den Wahlkreis direkt holen. Das ist ein realistisches Ziel.

Wir müssen jedoch mit der gleichen Kraft, Ausdauer, Energie und Entschlossenheit dafür kämpfen, dass wir wieder stärkste Partei im Bundestag

werden. Damit Renate auch wieder Ministerin in Berlin wird kann, damit nicht Frau Merkel, sondern Gerhard Schroeder Kanzler bleibt, damit Heidi Wiecek-Zeul als Ministerin für Wirtschaftliche Zusammenarbeit ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Weiter will ich in die Kompetenzen des Bundeskanzlers nicht eingreifen.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen,

Ich will kein Wasser in den Wein schütten, aber wir dürfen vor lauter Begeisterung nicht vergessen, warum wir in diese Situation der vorgezogenen Bundestagswahl gekommen sind.

Die in der Agenda 2010 angekündigten und in der Folgezeit Schritt für Schritt umgesetzten Reformen haben nicht, oder noch nicht den erhofften Erfolg gebracht, nämlich einen spürbaren Abbau der Arbeitslosigkeit. Im Gegenteil, durch eine veränderte Erfassung ist sie statistisch sogar noch gewachsen.

Viele enttäuschte Wählerinnen und Wähler sind uns bei Landtagswahlen abhanden gekommen. Teilweise sind sie einfach zuhause geblieben, oder sie haben es mit den Schwarzen versucht. Das nicht unerwartet schlechte Ergebnis für uns in NRW hat dazu geführt, dass der Bundeskanzler und der Parteivorsitzende beschlossen haben, die Voraussetzungen für Neuwahlen zu schaffen.

Gerade auch hier in Erlangen wurden und werden Teile der Politik von Rot/Grün kritisch begleitet. Besonders die Maßnahmen im Rahmen von Hartz IV wurden hier, aber auch andernorts zum Teil heftig kritisiert. Auch bei der technischen Umsetzung von Hartz IV gab und gibt es offensichtlich immer noch größere Probleme. „Fordern und Fördern“ heißt das Schlagwort. Das Fördern kommt immer noch zu kurz, auch deshalb, weil zu wenige Arbeitsplätze angeboten werden. Es muss aber an dieser Stelle erwähnt werden,

das durch Hartz IV über 1 Million Menschen aus der Sozialhilfe heraus-

geholt wurden. Sie erhalten jetzt das gleiche Angebot an Förderung und Jobvermittlung wie alle anderen Arbeitssuchenden. Sie sind jetzt auch kranken- und pflegeversichert.

Die teils heftigen Auseinandersetzungen in der SPD in den vergangenen Monaten brachten uns an den Rand einer Zerreißprobe. Mitglieder, vor allem auch solche, die viele Jahre, Jahrzehnte Mitglied der SPD waren, haben unsere Partei verlassen. Auch in Erlangen gab es Austritte. Aber die Anzahl hielt sich in Grenzen und vor allem es waren keine Aktiven, die uns den Rücken gekehrt haben. Darüber bin ich sehr froh. Ich bin zutiefst davon überzeugt: Der Grund ist, dass die Verantwortlichen vor Ort Raum und Zeit gelassen haben für kontroverse Diskussionen.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen,

Im Wahlmanifest der SPD, das am 4. Juli vom PV beschlossen wurde, haben die Eckpunkte der BayernSPD zum großen Teil Eingang gefunden. Zu diesen Eckpunkten haben auch wir hier unseren Beitrag geleistet.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen,

Wie im Monatsspiegel angekündigt, soll ich etwas zum Thema „Zukunft mit sozialer Gerechtigkeit“ sagen.

Ich will mich auf dabei auf einige Schwerpunkte konzentrieren.

Beim Thema „Soziale Gerechtigkeit wird der Unterschied zwischen CDU/CSU/FDP einerseits und der



SPD andererseits besonders deutlich.

Das beginnt bei den ungerechten Bildungschancen, wie uns die Ergebnisse der aktuellen Pisa-Studie gerade wieder deutlich gezeigt haben. Mächtig stolz verweist die CSU auf ihre erneute Spitzenstellung. Sie verschweigt aber die Tatsache, dass Bayern Jahr für Jahr mehrere Tausend Akademiker aus dem Rest der Republik importieren muss. Sie verschweigt, dass der Prozentsatz der Abiturienten bei den Schulabgängern viel zu niedrig, dass die soziale Auslese im bestehenden Schulsystem ungebrochen ist.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass die CSU es gar nicht anders haben will.

Ungleiche Bildungschancen sind das Ungerechteste überhaupt, weil sie bestehende soziale Unterschiede und Ungerechtigkeiten zementiert.

Zu dieser Politik gehört die Absicht der CDU/CSU, Studiengebühren zu erheben und das Bafög auf Studienkredite umzustellen. Welch schöne Aussicht, den Start ins Berufsleben mit Schulden in Höhe von 20,30 oder 40T Euro zu beginnen. Wir wollen keine Studiengebühren für das Erststudium.

Bildung beginnt jedoch sehr viel früher.

Wir wollen alle Kinder möglichst früh fördern, um vorhandene Mängel, z.B. Sprachdefizite auszugleichen und soziale Kompetenz zu fördern. Bereits im frühen Kindesalter werden die Voraussetzungen für gleiche Chancen auf dem künftigen Lebensweg eröffnet. Dafür schaffen wir bis 2010 230.000 neue Betreuungsplätze in Kindergärten und Krippen.

Unsere Zielsetzung ist ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für alle auch unter 3jährigen und eine schrittweise Einführung der Gebührenfreiheit der Kindertagesstätten.

Wo Eltern keine Zeit für Hausaufgabenbetreuung haben, da haben die Kinder eben Pech gehabt. Wir wollen, dass sich das ändert. Deshalb stellt der Bund bis 2008 4 Mrd. Euro für 10.000 neue Ganztagschulen zur Verfügung. 3.000 Ganztagschulen waren erst der Anfang.

Nur in Deutschland wird die Diskussion über Kleinkinderbetreuung, über Ganztagschulen so ideologisch diskutiert, wie bei uns. Ich freue mich darüber, dass dieses Thema inzwischen auch im Bundestagswahlkampf eine wichtige Rolle spielt. Aber ich kann mein Erstaunen darüber nicht verschweigen, wie lange es gedauert hat. Es ist über 30 Jahre her, als ich 1972 in den Erlanger Stadtrat gewählt wurde und mit großem Befremden zur Kenntnis nehmen musste, dass nach Auffassung der CSU Kinderkrippen, Horte und Ganztagschulen die Familie zerstören würden, was ja durch die DDR-Verhältnisse ausreichend bewiesen sei..

Jedes Jahr verlassen ca. 15% der jungen Leute die Schule ohne Schulabschluss. Das können wir uns nicht leisten.

Auch diese jungen Menschen haben Fähigkeiten, die offensichtlich nicht hinreichend geweckt und gefördert wurden. Mit einem neuen Programm „Zweite Chance“ soll erreicht werden, dass diese Jugendlichen ihren Schulabschluss nachholen oder ihre abgebrochene Ausbildung wieder aufnehmen können.

Bildung entscheidet maßgeblich über die Zukunft des Einzelnen. Eine gute Ausbildung in der Schule, im Beruf, in der Hochschule schafft Chancen und sie eröffnet Perspektiven auf die Teilhabe an den beruflichen und gesellschaftlichen Möglichkeiten, bildet die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben.

Ein Verschenden von Talenten können und wollen wir uns nicht leisten.

Es ist die größte Ungerechtigkeit, dass in Deutschland wie kaum in einem anderen Land die Herkunft eines Kindes über seine Bildungschancen und damit über seine Zukunft entscheidet.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen,

„Das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes überträgt dem Staat soziale Verantwortung und die Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit.“ So heißt es im Berliner Programm. Ich zitiere weiter:

„Die tragenden Säulen des Sozialstaats sind staatlich verbürgte soziale Sicherung und Teilhabe, der einklagbare Rechtsanspruch auf Sozialleistungen und die rechtlich gesicherte Stellung der Arbeitnehmer. Es berührt Menschen in ihrer Würde, ob sie Sozialleistungen auf Grund von Rechtsansprüchen oder als wohlwältige Zuwendungen erhalten, ob sie im Arbeitsverhältnis der Willkür des Arbeitgebers unterworfen sind oder gesetzliche Rechte und Pflichten wahrnehmen.“ Zitat Ende.

Wir leben in Zeiten großer Veränderungen und einer weitverbreiteten Verunsicherung. Grund hierfür sind die Folgen der Globalisierung. Von ArbeitnehmerInnen wird immer stärker die Bereitschaft zu flexiblem Verhalten gefordert.

Gerade in diesen Zeiten ist ein hohes Maß an sozialer Sicherheit bei Krankheit, bei Arbeitslosigkeit, im Alter notwendig. Es sei an dieser Stelle erlaubt darauf hinzuweisen, dass neben den vielen anderen Fehlern, die CDU/CSU im Zuge der Deutschen Einheit gemacht haben, ein Fehler besonders gravierend und nachhaltig war, nämlich, die Kosten der Deutschen Einheit zu einem erheblichen Teil den Sozialen Sicherungssystemen aufzuladen: **von 35,5% auf 42% sind die Lohnnebenkosten zu Zeiten der Kohlregierung gestiegen.**

In ihrem Wahlprogramm planen die Konservativen nun eine Kopfpauschale, die sie Gesundheitsprämie nennen.

Sie sagen, es sei gerecht, wenn alle, ob Putzfrau oder Direktor, das gleiche einzahlen.

Das ist nicht unsere Auffassung von Gerechtigkeit.

Die Kopfpauschale soll nun, so sagt die CDU/CSU aber doch sozial abgedeckt werden. Finanziert ist das Ganze überhaupt noch nicht.

Schon deshalb lohnt ein engagierter Wahlkampf, damit dieser Unsinn nicht Wirklichkeit wird.

Ich betrachte es als einen großen Erfolg von Andrea Nahles und anderen MitstreiterInnen, dass sich die Idee einer **Bürgerversicherung in der SPD**

zum **wichtigen Bestandteil des Wahlmanifestes** entwickelt hat. Jeder und Jede, Arbeiter, Angestellte, Beamte, Selbständiger, zahlt im Verhältnis zum Einkommen in die Bürgerversicherung ein. Das nenne ich eine gerechte Beteiligung an den Kosten der Krankenversicherung. Jede Kasse muss jeden ohne Ansehen des Risikos versichern. Kapitalerträge werden zur Finanzierung mit herangezogen. Familienmitglieder sind wie bisher ohne Beiträge mitversichert.

Dafür lohnt es zu kämpfen. Und das ist ein gravierender Unterschied zu den Absichten der Konservativen. Das kann man mit wenigen Worten den Menschen erklären.

Zur sozialen Gerechtigkeit gehören unverzichtbar die **Arbeitnehmerrechte**. Wir werden den Kündigungsschutz erhalten. CDU/CSU und FDP wollen eine weitgehende Abschaffung. Betriebliche Mitbestimmung und ein moderner Arbeitsschutz sind unverzichtbar. Arbeitnehmerrechte sind kein Investitionshindernis sondern unverzichtbar für die Würde des Menschen.

Die unerfreulichen Verquickungen auch von Arbeitnehmervertretern in Korruptionsfälle bei VW werden von interessierter Seite zum Anlass genommen, die Mitbestimmung insgesamt zu misskreditieren.

Die im Grundgesetz verankerte Tarifautonomie hat sich als ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft bewährt. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzliche Tarifautonomie lehnen wir ab.

Wir werden Lohn- und Sozialdumping verhindern. Wir treten ein für Löhne, die existenzsichernd sind. Mit der Ausweitung des Arbeitnehmerentendengesetzes auf alle Branchen unterstützen wir die Tarifvertragsparteien bei der Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping durch entsandte Billigkräfte.

Die Tarifpartner sind aufgefordert, tarifliche Mindestlöhne zu vereinbaren. Wo dies nicht möglich ist, werden wir Maßnahmen für einen gesetzlichen Mindestlohn ergreifen.

Mehr soziale Gerechtigkeit auch bei der Finanzierung unserer Vorhaben:

Seit 1998 hat es ein umfangreiches Steuersenkungsprogramm gegeben. Hiervon haben besonders private Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen profitiert. Die untersten 20% der Einkommen sind von Steuern befreit.

Der Eingangssteuersatz ist um 11 Punkte auf 15% gesenkt worden. Für weitere Steuersenkungen ist angesichts der Haushaltslage kein Platz. Weitere Steuerreformen, wie z.B. Steuervereinfachung sind nur bei Kostenneutralität möglich.

Wir wollen Subventionen in Höhe von 17,6 Mrd. abbauen. Subventionsabbau, den die CDU/CSU im Bundesrat weitgehend verhindert hat.

Große Erbschaften sollen stärker besteuert werden.

Hohe Individualeinkommen ab einem Jahreseinkommen von 250 T Euro / 500T Euro sollen stärker zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben herangezogen werden. Um 3% wollen wir die Einkommenssteuer erhöhen. Diese zusätzlichen Mittel sollen vor allem für Bildung und Forschung verwendet werden.

Die Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen wird erhalten.

Die Gewerbesteuer bleibt.

Liebe Genossen, liebe Genossinnen, in 7 Jahren kann man nicht alles abarbeiten, was durch 16 Jahren Untätigkeit der Kohlregierung und durch falsche Weichenstellung (siehe Deutsche Einheit) aufgelaufen ist. Aber wir sind einen großen Schritt vorangekommen.

Das Ziel, die hohe Arbeitslosigkeit, spürbar zu senken, haben wir nicht erreicht. Die Arbeitsmarktreformen greifen noch nicht. Durch sie können auch keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Politik kann die Rahmenbedingungen schaffen und verbessern, damit Arbeitsplätze entstehen.

Es gibt keinen anderen Weg als noch größere Anstrengungen bei Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zu un-

ternehmen und Forschung und Entwicklung weiter zu verstärken.

Wir haben noch 8 Wochen Zeit, den Bürgerinnen und Bürgern zu sagen, worum es bei der Richtungswahl geht:

Ihnen den **Unterschied zwischen unerserer Bürgerversicherung und ihrer Kopfpauschale zu erklären, den Unterschied zwischen Chancengleichheit für Kinder, die nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen darf und der Auslese-Bildungspolitik von CDU/CSU, den Unterschied zwischen Bundeskanzler Schroeder und Merkel bei der Außen- und Sicherheitspolitik, den Unterschied zwischen unserem fortschrittlichen und emanzipatorischen Frauen- und Familienverständnis und dem konservativen Gesellschaftsmodell der CDU/CSU.** Daran ändert auch eine Kanzlerkandidatin nichts, den Unterschied zwischen einer Politik des Atomausstiegs und der konsequenten Förderung von erneuerbaren Energien oder einer rückwärtsgewandten Atompolitik durch CDU/CSU, den Unterschied bei der Europapolitik. Europapolitik war im Kern immer Friedenspolitik. Verlässlichkeit steht an oberster Stelle. Zusagen gegenüber Rumänien, Bulgarien und auch der Türkei müssen eingehalten werden.

Liebe Genossen und Genossinnen,

Am 18. September haben wir es mit einer neuen, bzw. umbenannten Partei zu tun. Ob die aktuellen Prognosen Wirklichkeit werden, ist abzuwarten. Auf jeden Fall wird es das Ergebnis ganz schön durcheinander wirbeln.

Der Hauptgegner in den kommenden acht Wochen ist die CDU/CSU. Ich habe versucht, an einigen Beispielen deutlich zu machen, worum es geht. Ich erwarte, dass meine SPD diesen Wahlkampf entschlossen und geschlossen führt, die gemeinsame erfolgreiche Politik von Rot und Grün den Menschen in Erinnerung bringt.

Unser Manifest enthält solides Material, unsere Politik für die nächsten Jahre zu erklären.

Es geht um vieles – lasst uns kämpfen, wie wir es immer getan haben.

Heide Mattischeck



SPD - Rathaustelegramm

Gewaltschutzgesetz bringt deutlichen Fortschritt

Das seit drei Jahren geltende Bundes-Gewaltschutzgesetz hat die Situation der betroffenen Frauen erheblich verbessert, so das einhellige Fazit eines Fachgesprächs mit Bundesministerin Renate Schmidt, zu dem die SPD-Stadtratsfraktion ins Rathaus eingeladen hatte. Fraktionsvorsitzende Gisela Niclas machte zu Beginn deutlich, dass das Gewalt-Problem durch ein neues Gesetz nicht gelöst ist: „Wir dürfen nicht vergessen, dass auch in Erlangen Frauen nach wie vor Opfer von brutaler Gewalt werden.“

Der Leiter der Polizeidirektion Erlangen, Gerhard Kallert, betonte, dass die verschärften gesetzlichen Regelungen wie die Wegweisung des Gewalttäters aus der gemeinsamen Wohnung, die Kontaktsperre und die Einstufung als Straftat entscheidend für das jetzt wesentlich wirksamere Vorgehen der Polizei sind. Renate Schmidt lobte die veränderte Praxis der Polizei, die insbesondere durch Fortbildungen die rasche Umsetzung des Gesetzes garantiert hat. Für die Frauen- und Familienministerin „sind Einrichtungen wie das Erlanger Frauenhaus und der Notruf weiterhin unverzichtbar, um möglichst vielen betroffenen Frauen Schutz und Beratung anzubieten“.



Ein Schwachpunkt des Gesetzes, zu dem im Sommer ein Evaluierungsbericht vorgelegt wird, ist laut Schmidt die zu wenig konsequente Verfolgung der Straftaten durch Staatsanwaltschaft und Richter. Beim Ausbau der Maßnahmen zum Schutz vor körperlicher und sexueller Gewalt setzt die Ministerin insbesondere auf die Einführung einer bundesweiten Notrufnummer und breitere Aufklärung. Die Vertreterinnen und Vertreter von Einrichtungen und Verbänden wie z.B. dem Frauenhaus, dem Kinderschutzbund, dem Notruf sowie der städtischen Gleichstellungsstelle, die in großer Zahl erschienen waren, schilderten der Ministerin ihre konkreten Erfahrungen mit dem seit 2002 gültigen Gesetz und wiesen darauf hin, dass das Gesetz nach wie vor nicht von allen Gerichten konsequent umgesetzt wird. Da nach Einschätzung aller Teilnehmer die – häufig unzureichende – öffentliche Wahrnehmung des Problems großen Einfluss auf die tatsächliche Anwendung der Schutzmaßnahmen hat, forderte SPD-Sprecherin Barbara Pfister, dass „auch auf kommunaler Ebene die Informations- und Beratungsmöglichkeiten dringend ausgebaut werden müssen.“

Für die geplante Weiterentwicklung des Gewaltschutzprogramms forderte Frauenhaus-Mitarbeiterin Ursula Langer, die Situation ausländischer Frauen zu berücksichtigen. Diejenigen Frauen, die Opfer von häuslicher Gewalt werden und kein eigenständiges Aufenthaltsrecht haben sind ihren Männern nahezu schutzlos ausgeliefert.

Lärmschutz an der A73

Wie Bundesministerin Renate Schmidt mitteilte, genehmigte das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, die Planungen für den sechsspurigen Ausbau der A73 im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für die Autobahnen A3 und A73 im Raum Erlangen/Herzogenaurach/Höchststadt. Der Ausbau würde eine erhebliche zusätzliche Belastung der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt mit Lärm und Abgasen bedeuten. Damit verbunden ist aber auch der Planungsbeginn für die Lärmschutzmaßnahmen entlang der genannten Autobahnen. Selbst bei einem zügigen Planungsverfahren ist aber aufgrund des bestehenden Bundesverkehrswegeplans nicht mit einem Ausbau der Autobahnen und des damit verbundenen Lärmschutz vor 2015 zu rechnen.

Die SPD-Stadtratsfraktion stellte daher folgenden Antrag:

Die Stadt Erlangen möge zeitnah in Abstimmung mit der Autobahndirektion, Land und Bund prüfen, welche Lärmschutzmaßnahmen im Rahmen des Ausbaus entlang der Autobahnen notwendig sind und soll - wie bereits mehrfach in der Vergangenheit geschehen - einige dieser Maßnahmen, vor allem in den besonders betroffenen Stadtteilen Bruck, Anger und Eltersdorf, vorfinanzieren, um baldmöglichst - und nicht erst 2015 - die Lärmbelastung für die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren. Priorität sollen dabei insbesondere Lückenschließungen in den bereits bestehenden Lärmschutzwänden haben.



SPD – Rathaustelegramm

Bündnis für Familie: „Erlangen Pass“ soll die Integration Bedürftiger sichern

„Mit dem Erlangen Pass soll Menschen mit wenig Geld der Zugang zu Bildung, Sport und Kultur gesichert werden. Von wachsender Armut auch in Erlangen sind Kleinrentner, Arbeitslose, vor allem aber Familien mit Kindern betroffen. Hier muss die Stadt handeln“, so Gisela Niclas, Vorsitzende der SPD-Fraktion. Ursula Lanig, die kulturpolitische Sprecherin, fügt hinzu: „Mit der Gründung des Erlanger Bündnisses für Familien ist auch die politische Verpflichtung verbunden, für die Integration gerade von Kindern und Jugendlichen zu sorgen. Die Lesekarte für die Stadtbücherei, der Eintritt ins Schwimmbad oder der Kurs in der Musikschule darf nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern“.

Für finanziell Schwächere soll es mit diesem Pass künftig Ermäßigungen beim Eintritt in Bädern, Sportstätten oder Kultureinrichtungen sowie beim Zugang zu Bildungsangeboten geben. Die Erlanger SPD-Fraktion setzt sich mit ihrem Antrag dafür ein, dass in Erlangen ebenso wie bereits in anderen Städten – z.B. in Nürnberg – eine Karte, ein entsprechender Pass o.ä. an finanziell bedürftige Personen ausgegeben wird. Damit soll eine personen- und zweckgebundene Förderung sichergestellt werden.

Der Anteil an armen Menschen ist auch in Erlangen nicht gering: Im Jahr 1990 ergab der bislang einzige Erlanger Armutsbericht, dass knapp 10% der Bevölkerung in Armut lebte. Dieser Anteil ist nach Ansicht der SPD-Fraktion nicht zurückgegangen. „Das beweist zum Beispiel die große Zahl von Müttern und Kindern, die existentiell auf die „Erlanger Tafel“ oder die Kleiderkammern der Wohlfahrtsverbände angewiesen sind“, so frauenpolitische Sprecherin Barbara Pfister.

Neben einer konkreten Hilfestellung für bedürftige Menschen will die SPD-Fraktion auch erreichen, dass in der Erlanger Kommunalpolitik das Thema „Armut“ nicht länger tabuisiert wird. „Wir müssen für die Integration der finanziell Schwächeren sorgen aber auch mittel- und langfristige Strategien entwickeln, wie die Entstehung und Verfestigung von Armut vermieden werden kann. Die Förderung und Bildung von Kindern und ihren Familien ist ein ganz zentraler Ansatzpunkt. Daher haben wir diesen Antrag bewusst zur Gründung des Bündnisses für Familie gestellt“, so Birgit Hartwig, familienpolitische Sprecherin.

SPD fordert den Erhalt von preisgünstigem Wohnraum

„Wir werden weniger grau, wir werden bunter und wir werden ärmer.“ Dieses etwas abgewandelte Zitat aus dem Geschäftsbericht 2004 der GeWoBau beschreibt die Entwicklung des städtischen Wohnungsbauunternehmens. Die SPD-Fraktion dankt der Geschäftsführung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der städtischen Tochter für ihre Engagement im vergangenen Jahr. Nach der Angersanierung haben sie mit großem Einsatz die Sanierungsmaßnahme im Erlanger Osten zum Abschluss gebracht. Es kann niemandem entgehen: Diese Wohngegenden sind bunter geworden.

Bei aller Freude weißt die wohnungspolitische Sprecherin und Aufsichtsrätin Ingrid Kiesewetter jedoch auch auf das „ärmer geworden“ deutlich hin. Vor allem fallen hier zwei Probleme auf:

1. Die finanzielle Ausstattung der GeWoBau ist mehr als dürftig. Die Eigenmittelausstattung liegt im Branchenvergleich im unteren Bereich.
2. Die Belastbarkeit der Mieterinnen und Mieter stößt an ihre Grenzen: Die Mietkosten und vor allem die Miet-Nebenkosten haben durch die Sanierungen ein Niveau erreicht, das offensichtlich viele Familien nicht mehr bewältigen können.

Die Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum steigt an. Nachdem Bund und Land zur Errichtung preisgünstigen Wohnraums keine Mittel zur Verfügung stellen, muss die Stadt Erlangen durch eine bessere Eigenkapitalausstattung der GeWoBau den Neubau von preisgünstigem Wohnraum durch die GeWoBau fördern. Die SPD-Stadtratsfraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass der Schwerpunkt der GeWoBau künftig nicht nur auf Sanierungsmaßnahmen sondern auch auf die Errichtung preisgünstigen Wohnraums gelegt wird.



Unsere Anträge:

- Umweltpädagogisches Projekte Mobilfunk
- Erhalt der Stelle der Bibliothekarin im Schulzentrum Spardorf
- Theaterschreinerei

Sollten Sie Interesse an einzelnen Anträgen haben, schauen Sie ins Internet unter www.spd-fraktion-erlangen.de oder schicken Sie uns eine Mail. Gerne senden wir Ihnen den Antrag per E-Mail zu. spd@erlangen.de

Kontakt:

SPD – Stadtratsfraktion Erlangen,
Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Telefon 09131-862225
Fax 09131-862181
Mail spd@erlangen.de
Internet www.spd-fraktion-erlangen.de

Impressum:

Das SPD-Rathaustelegramm wird erstellt durch die SPD – Stadtratsfraktion Erlangen, Rathausplatz 1, 91052 Erlangen.
Verantwortlich: Gisela Niclas
Redaktionelle Gestaltung: Christian Pech

Bilder von der Karl-Heinz-Hierseemann Preisverleihung

Karl-Heinz-Hierseemann-
PREIS-
VERLEIHUNG

Laudatio:
Florian Pronold, MdB

Am Klavier: Maruan Sakas

Poetry Slam: Nora Gomringer

Do, 14. Juli
19.00 Uhr
Pacelli-Haus
Sieboldstraße 3

Erlangen
SPD



SPD